

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 12 (1932-1933)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Wie steht es bei den Metallarbeitern?  
**Autor:** Bratschi, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-331500>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Für eine Reihe anderer Gesellschaften, die sich jeweilen ebenfalls durch fette Abschlüsse auszeichnen, fehlen noch die Zahlen für die Geschäftsergebnisse, so zum Beispiel für die Basler Lebensversicherung, die Basler Feuerversicherung, die Schweizerische Rückversicherungs-AG. in Zürich, die Rückversicherung »Prudentia« in Zürich usw.

\*

Die *Schlußfolgerung*, die jeder unvoreingenommene Mensch aus dieser Aufstellung ziehen muß, ist die: Mitten in der Krise zeichnen sich eine Reihe von Industriezweigen und unerwartet viele kapitalmächtige Unternehmungen durch *Riesengewinne und saftige Dividendenausschüttungen* aus. Es ist deshalb unwahr, wenn behauptet wird, daß die *Krisensteuer* nichts einbringen werde und aus diesem Grunde der Lohnabbau beim öffentlichen Personal notwendig sei. Ausdrücklich sei betont, daß die aufgeführten Gesellschaften nur eine *Auswahl* einiger *führender* Unternehmungen darstellt. Die Liste könnte durch eine große Zahl weiterer Beispiele *ergänzt* werden. Für manche Gesellschaften, von denen das Kapital ähnliche glänzende Gewinne erwartet, fehlen zudem im Zeitpunkt, da dieser Aufsatz geschrieben wird, die Abschlüsse, und für andere endigt das Geschäftsjahr erst im Frühjahr oder in der Jahresmitte.

Die Aufzählung zeigt, durch welche Mittel und auf welchem Wege die öffentlichen Finanzen saniert werden können. Und sie beweist zugleich, daß die Gesellschaften diese Abgabe ohne Erschütterung ihrer Erwerbsgrundlage auch zu tragen vermögen und daß der Goldregen des arbeitslosen Einkommens, das durch die Krisensteuer getroffen werden soll, ebenfalls noch nicht ausgesetzt hat.

Bei den Kapitalisten herrscht noch keine Dürre. *Sie haben während der fetten Jahre der Hochkonjunktur ungeheure Reichtümer in ihre Scheunen gebracht*, die ohnehin nicht leer waren. Ein großer Teil der Dividendenmühlen gewährt ihnen auch in der Krisenzeit entsprechende Einkünfte. Sie sollen auch die Krisenlasten tragen, welche die herrschenden Klassen auf die schwachen Schultern der Besitzlosen und der Unselbständigen abwälzen wollen. Deshalb muß der Lohnabbau abgelehnt und für die Annahme der Krisensteuer gekämpft werden!

---

## Wie steht es bei den Metallarbeitern?

Von Peter Bratschi.

Während der Debatten über den Lohnabbau des eidgenössischen Personals hörte man und hört man immer noch die Frage: »Was tun eigentlich die Metallarbeiter? Was nehmen sie für eine Stellung in dieser Frage ein?« Der aufmerksame Beobachter wird zwar gesehen haben, daß die Metallarbeiter an verschiedenen Orten mit Streiks auf die gestellten Lohnabbaubegrenzen geantwortet haben und auch in zahlreichen Bewegungen mit Erfolg gegen den Lohnabbau aufgetreten sind

und auch gegenwärtig fortwährend in Aktion stehen, wie das bei einem so weitschichtigen Verband gar nicht anders möglich ist. In Krisenzeiten ist der Kampf schwerer als zu normalen Zeiten. Eine Reduktion der Lohnabzüge um die Hälfte, wie das in vielen Bewegungen erreicht worden ist, wird daher unter den gegebenen Umständen als Erfolg angesehen, der zweifellos ausgeblieben wäre, wenn nicht das Mittel der gewerkschaftlichen Aktion hätte in Anwendung gebracht werden können. Die Frage, welche Stellung die Metallarbeiter zum Lohnabbau einnehmen, ist somit bereits beantwortet. Wo immer die Möglichkeit besteht, wird der Lohnabbau bekämpft.

Nun wird es vorerst den Leser interessieren, zu vernehmen, in welchem Ausmaß bisher in der Metall- und Maschinenindustrie Lohnreduktionen eingetreten sind. Es ist da durchaus nicht leicht, eine präzise Antwort zu geben, weil einmal die Verhältnisse von Betrieb zu Betrieb verschieden sind und auch die Arbeitsmethoden eine genaue Ermittlung verunmöglichen. Allgemein gesprochen, kann gesagt werden, daß in den Betrieben der Großindustrie der Lohnabbau 5 bis 8 Prozent ausmacht. Dabei ist zu beachten, daß in der Metallindustrie weitaus der größte Teil der Arbeiterschaft im Akkord, also im Stücklohn arbeitet. Ein Tarifvertrag besteht in der *Metall- und Maschinenindustrie* nicht, der die Lohnpositionen auf längere Zeit festlegen würde. Deshalb werden, und dies namentlich da, wo Akkordarbeit geleistet wird, fortwährende Revisionen in den Lohnpositionen vorgenommen.

Der Stücklohn hat das Perfide an sich, daß er ermöglicht, das letzte aus dem Arbeiter herauszupressen. So ist es vom Unternehmerstandpunkt aus erklärlich, daß der Stücklohn so niedrig als möglich gehalten, daß er fortwährenden Revisionen unterworfen und oft auch willkürlichen Reduktionen ausgesetzt ist. Dies ist schon zu normalen Zeiten immer der Fall gewesen und ist mit dem Einsetzen der Krise natürlich noch schlimmer geworden. Erreicht dann der betreffende Arbeiter durch Mehrleistung wiederum den früheren Verdienst, so ist nach außen hin wohl keine Lohnreduktion eingetreten, der Unternehmer hat aber trotzdem die Lohnreduktion eingesackt und dazu noch eine Mehrleistung des Arbeiters erzielt. Gerade in dieser Hinsicht ist es außerordentlich schwer, festzustellen, in welchem Maße die Akkordpreise reduziert wurden. Es ist dies nur möglich, wenn die Stückpreise früherer Jahre mit denjenigen von heute verglichen werden. Dies ist aber deshalb fast unmöglich, weil die Arbeitsprozesse seither stark auseinandergerissen worden und auch die Arbeitsmethoden und Maschinen andere geworden sind. So ist es sehr schwer, genauen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse zu erhalten und die Lohnverhältnisse genau zu verfolgen. Aehnlich ist es mit der Arbeit in der Uhrenindustrie.

Was das *Kleingewerbe* der Metallbranche anbetrifft, sind *zufolge vertraglicher Bestimmungen* die Löhne fast durchweg die gleichen geblieben. Ein Lohnabbau von 5 Prozent hat nur im Zentralheizungsgewerbe stattgefunden. Dies zufolge einer Vertragsbestimmung, die die gleitende Lohnskala vorsieht. Diese Bestimmung wurde zwar von der Arbeiterschaft bekämpft, und nur unter dem Zwang, andere wichtige

Vertragspositionen nicht zu gefährden, wurde diese Bestimmung schließlich angenommen.

Die Spengler, Schlosser, Elektriker und Installateure haben auf den meisten großen Plätzen Lokalverträge. Deshalb und zufolge der bisher noch passablen Konjunktur in diesen Branchen ist der Lohnabbau vorläufig hier noch nicht in Erscheinung getreten.

Die Gründe, die die Metall- und Uhrenarbeiter zum Kampfe gegen den Lohnabbau führen, decken sich mit denjenigen anderer Arbeiter- oder Personalkategorien. Die Erfahrung in Deutschland hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Lohnabbau, auch wo er zwei- oder gar dreimal vorgenommen wurde, der Industrie nicht auf die Beine zu helfen vermag, ja, daß er die Krise infolge der Ruinierung der Kaufkraft noch mehr verschärft.

Daß auch vom Standpunkt der Konkurrenzfähigkeit der Lohnabbau abzulehnen ist, sei kurz an folgendem Beispiel dargetan: Eine Firma, gegen die wegen Lohnabbaus gestreikt worden war, bringt einen Apparat im Preise von Fr. 90.— auf den Markt. In diesem Betrage sind Fr. 17.— Arbeitslohn inbegriffen. Die Firma verlangte einen Lohnabbau von 10 Prozent. Das hätte auf dieses Produkt eine Reduktion von Fr. 1.70 ausgemacht. Es wird nun niemand glauben, daß die Firma konkurrenzfähiger geworden wäre, wenn sie den Apparat anstatt für Fr. 90.— nun für Fr. 88.30 auf den Markt gebracht hätte. Es ist denn auch gewöhnlich so, daß die Betriebsinhaber selber das Argument der Konkurrenzfähigkeit fallen lassen, wenn man ihnen in Verhandlungen entgegentreten kann. Es stellt sich dann immer wieder heraus, daß der Abbau eigentlich nur für die »innere Sanierung«, also zugunsten der Gehälter der Betriebsleitung und im Interesse der Aktionäre vorgenommen wird. Das oben angeführte Beispiel des Lohnanteils am Produkt trifft auch auf die übrigen Firmen der Metall- und Maschinenindustrie zu, indem die Lohnquote zwischen 20 und 30 Prozent des Produktenpreises ausmacht. Ist es also doch so, daß der Lohnabbau einzig zur Schonung der Aktionäre und des Direktionsstabes gemacht wird, ohne irgendwie eine Hebung oder Milderung der Krise herbeizuführen, hat die Arbeiterschaft erst recht alle Ursache, die ihr zugemuteten Verschlechterungen abzuwehren.

Von Unternehmerseite wird mit Vorliebe auf die Senkung der Lebenshaltungskosten hingewiesen. Man versucht, dem Arbeiter vorzurechnen, daß er eigentlich, gemessen am Index der Lebenshaltungskosten, nichts einbüße, wenn er eine Lohnreduktion auf sich nehme. Demgegenüber muß erklärt werden, daß der Index der Lebenshaltungskosten nur einen Teil des Lebensbedarfes in sich schließt, also kein genaues Bild gibt. Sodann ist die Frage aufzuwerfen: Muß denn jede Lebenskostensenkung dem Unternehmer zugute kommen und den Arbeiter und Angestellten leer ausgehen lassen? Sollen sie immer diejenigen sein, die den Buckel herhalten müssen? Es scheint so. Dabei ist auch die Bauernschaft an der Arbeit. Sie verlangt Einfuhrsperrungen, Zollerhöhungen und Kontingentierungen, um ein Sinken der Lebensmittelpreise zu verhindern. Es ist also der Arbeiterschaft unmöglich,

irgendwo eine Erleichterung für den Lohnabbau zu finden. Würde nun gar der Lohnabbau des eidgenössischen Personals zur Tatsache, so müßte das zu neuen Erschütterungen und Auseinandersetzungen in unserer Politik führen, indem schließlich doch der Schrei nach Preis senkung der landwirtschaftlichen Produkte und der Mieten mit Nachdruck erfolgen würde. Es gibt darum erfreulicherweise auch landwirtschaftliche Kreise, die mit Besorgnis die Lohnabbaukampagne verfolgen und die Maßnahmen der Behörden und Unternehmer ablehnen. Wie weit diese Bewegung geht, wird dann die Abstimmung zeigen. Hoffen wir, daß von dieser Seite eine ansehnliche Hilfstruppe zu uns stößt.

Fassen wir also das Gesagte zusammen, so müssen wir feststellen, daß die Arbeiterschaft nach den Erfahrungen in Deutschland keine Möglichkeit sieht, durch Lohnabbau die Krise zu mildern. Daß sie aber auch keine Möglichkeit hat, den Lohnabbau durch Preisreduktionen der Lebensmittel und der Mietzinse irgendwie auszugleichen. Die Arbeiterschaft wird immer die geprellte sein. Selbst eine wesentliche Senkung der Mietzinse, die für die Verbilligung der Lebenshaltung in erster Linie in Frage käme, würde beim gegenwärtigen System infolge Einschränkung der Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter verschärfen und auch ihre Kaufkraft schwächen. *Vollständig muß abgelehnt werden die Meinung, daß der Lohnabbau die infolge einer planlosen Wirtschaft lahmgelegten Industrien konkurrenzfähig machen könnte.* Neue Kämpfe auf allen Gebieten werden die Folge sein, so daß der Lohnabbau anstatt ein Mittel der Besserung ein solches weiterer *Verschlimmerung* sein wird. Wenn wir bedenken, daß in der Großindustrie der Durchschnittsverdienst pro Jahr Fr. 3100.— bis 3400.— beträgt, wenn normal gearbeitet wird (jetzt arbeiten Hunderte um 50 Prozent reduziert oder gar nicht), so muß auch aus allgemein menschlichen und kulturellen Gründen ein weiterer Lohnabbau bekämpft werden. Er wird aber kommen, sobald er beim eidgenössischen Personal perfekt geworden ist. Das weiß die Metallarbeiterenschaft. Soweit der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Presse reicht, wird mit aller Kraft gegen die eidgenössische Vorlage mobilisiert, um mit dem Sieg des Bundespersonals die eigene Position zu schützen.

---

## Industriearbeiter und staatlicher Lohnabbau

Von Fritz Schmidlin.

Mit dem vom Bundesparlament beschlossenen Lohnabbau für das eidgenössische Personal haben unsere obersten Landesbehörden einem vom Industrie- und Finanzkapital seit langer Zeit gestellten Begehrten Folge gegeben. Die Industrie- und Finanzkreise sind es auch, die im »Eidgenössischen Aktionskomitee für den Lohnabbau« das entscheidende Wort reden und die ganze Aktion finanzieren. Diese Aktion ist in ihrer ganzen Aufmachung darauf angelegt, die Arbeiter und Angestellten der Privatbetriebe, namentlich der Exportindustrie, vom